
Rumänien

ANNELI UTE GABANYI

Im Verlauf der Kosovo-Krise hatten prominente westliche Politiker Rumänien Hoffnungen auf Unterstützung bei der Bewältigung der erlittenen Schäden und auf die Konkretisierung seiner Beitrittsperspektiven in die europäischen und euroatlantischen Strukturen gemacht. Es dauerte jedoch bis zum September 1999, ehe deutlich wurde, dass die Erweiterungsstrategie der EU im Zuge der Kosovo-Krise „neue Schubkraft bekommen“ hatte.¹ Am 11. Dezember 1999 fasste der Europäische Rat in Helsinki den Beschluss zur Aufnahme direkter Beitrittsverhandlungen (auch) mit Rumänien. Damit wurde die im Dezember 1997 in Luxemburg getroffene Entscheidung der EU korrigiert, die Rumänien zwar den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt hatte, ohne jedoch in direkte Beitrittsverhandlungen mit diesem Land einzutreten. Der Visumszwang für Reisen rumänischer (wie auch bulgarischer) Bürger in die Staaten der EU, welche das Schengener Abkommen unterzeichnet hatten, blieb allerdings in Kraft.

Der Beginn von direkten Beitrittsverhandlungen mit Rumänien war eine politisch motivierte Entscheidung. Sie erfolgte in Anerkennung der kompromisslos EU- und NATO-konformen Politik Rumäniens während der Kosovo-Krise und der erwiesenen geostrategischen Bedeutung des nach Polen mit 22,4 Mio. Einwohnern zweitgrößten Beitrittslandes der EU als Stabilitätsanker am Rande der jugoslawischen Krisenregion. Rumänische Politiker und Journalisten unterstrichen die historische Bedeutung dieser Entscheidung für Rumänien, ohne sich jedoch Illusionen über die Gründe zu machen, die zum Eintritt Rumäniens in die EU „durch die Hintertür“ geführt hatten.² Begrüßt wurde nicht nur die Tatsache, dass Rumänien damit die bisher fehlende Beitrittsperspektive eröffnet worden sei, sondern auch die Aussicht auf höhere Zuwendungen im Rahmen der Heranführungshilfen der Union.

Krisenhafte Entwicklungen 1999 verstärkt

Berechtigte Bedenken der Mitgliedstaaten angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rumäniens traten dabei in den Hintergrund. 1999 hatten sich die krisenhaften Erscheinungen im Bereich der rumänischen Wirtschaftsentwicklung verstärkt, die wichtigsten Indikatoren wiesen 1999 bereits im dritten Jahr in Folge nach unten. Das rumänische Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um real 3,2%, nach 7,3% im Jahre 1998 und 3,9% im Jahre 1997. Die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 1999 lag bei 45,8%, die rumänische Währung, der Leu, verlor 1999 rund die Hälfte ihres Wertes. Hinzu kamen Schwierigkeiten mit der Rückzahlung der fälligen

Auslandsschulden in Höhe von 2,3 Mrd. USD – das entspricht 5,4% des BIP bzw. 27% der Exporte. Es gelang der Regierung, die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden und die Fälligkeiten zurückzuzahlen, doch das war nur über Steuererhöhungen, Importbeschränkungen und einen massiven Rückgriff auf die Devisenreserven des Staates möglich. Zwar hatte die im November 1996 gewählte Koalitionsregierung seit Jahresmitte 1997 die zuvor jahrelang verschleppten Strukturreformmaßnahmen in Angriff genommen. Als Folge stieg aber die Arbeitslosenrate von 10,3% im Jahre 1998 auf zeitweilig 13% im Jahre 1999. Sinkender Lebensstandard und zurückgehende Sozialleistungen des Staates führten zu Spannungen, koalitionsinterne Streitigkeiten belasteten die innenpolitische Stabilität.

Die Kosovo-Krise als Chance?

Der Krieg im Kosovo brachte zusätzliche wirtschaftliche Belastungen und verstärkte die sozialen und politischen Spannungen im Lande. Trotz des doppelten Zurückweisungsschocks durch NATO und EU betrieb die Bukarester Führung seither dennoch konsequent eine Politik, deren wesentliches Merkmal darin bestand, sich trotz der Nichtaufnahme faktisch wie ein EU- und NATO-Mitglied zu verhalten und konnte sich dabei auf eine hohe Akzeptanz ihrer Integrationspolitik in der Bevölkerung stützen. Mit Beginn der Kosovo-Krise stellte die rumänische Führung sich vorbehaltlos an die Seite der Allianz. Das Parlament stimmte dem Ersuchen der NATO um uneingeschränkten Zugang zum Luftraum Rumäniens für die Dauer des Konflikts in Jugoslawien zu. Aus dem Konflikt erwachsen der rumänischen Wirtschaft im Jahre 1999 Schäden von rund 900 Mio. USD, das Ansehen von Regierung und Präsident bei den Wählern wurde beschädigt. Dennoch ging Rumänien mit der Jugoslawienpolitik der EU unbeirrt konform und hob das Embargo für die Ausfuhr von Rohölprodukten nach Montenegro, Kosovo und sieben serbische Städte erst auf, nachdem die EU-Staaten einen diesbezüglichen Beschluss gefasst hatten.

Der zweite EU-Fortschrittsbericht,³ vorgestellt am 13. Oktober 1999, zeichnete ein realistisches Bild der Lage in Rumänien, so wie es im Zuge des bilateralen Screening-Prozesses zwischen März und Juni 1999 erarbeitet worden war. Im Wesentlichen positiv wurde darin die Erfüllung der politischen Kriterien und die Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes (*acquis communautaire*) der Union bewertet. Der Bericht attestierte Rumänien die Erfüllung politischer Kriterien im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte sowie bei der Arbeit der Gerichte – allerdings mit kritischen Einschränkungen hinsichtlich der Lage der Kinderheime, dem Rückgriff auf Regierungsanordnungen, der Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz, der Lage der Roma. Positiv wurden auch die Anstrengungen Rumäniens bei der Übernahme und Umsetzung von Rechtsnormen der EU gewertet, doch mit Einschränkungen für die Bereiche Umweltschutz und Binnenmarkt.

Negativ schlug hingegen die Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien und die Fähigkeit zur Erfüllung der aus der Mitgliedschaft in der EU erwachsenden Verpflichtungen in dem Fortschrittsbericht zu Buche. Rumänien, so der Bericht, verfüge nicht über eine funktionsfähige Marktwirtschaft und könne dem Wettbewerbs-

druck und den Marktkräften der EU mittelfristig nicht standhalten. Die wichtigsten Kritikpunkte lauteten: makroökonomische Ungleichgewichte, hohe Kosten der Privatisierung von Großunternehmen für den Staatshaushalt, Abwertung der Währung, Rechtsunsicherheit als Hemmnis für ausländische Investoren. Trotz dieser schwerwiegenden Einwände empfahl der Bericht die Aufnahme direkter Beitrittsverhandlungen der EU mit Rumänien – unter zwei Bedingungen (Konditionalität): die verbesserte institutionelle und finanzielle Absicherung der Heimkinder und die Ausarbeitung einer mittelfristigen Strategie zur makroökonomischen Stabilisierung des Landes bis zum 15. März 2000.⁴

Rumäniens Strategie für die Beitrittsverhandlungen

Aufgrund einer Empfehlung von Kommissar Verheugen wurde in Rumänien eine dreistufige Arbeitsgruppe gebildet, die die Notwendigkeit der Mitwirkung internationaler Organisationen wie der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bei der Ausarbeitung der neuen Strategie und eines internen politischen Konsenses betonte. Damit wollte man die Kontinuität der Strategie angesichts möglicher wenn nicht sogar wahrscheinlicher Veränderungen der politischen Konstellation in Rumänien nach den für November 2000 anberaumten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sichern. Zum Chefunterhändler Rumäniens für die Beitrittsverhandlungen mit der EU wurde der 33-jährige Jurist Aurel Ciobanu-Dordea, zuletzt Staatssekretär im Departement für Europäische Integration der Regierung, ernannt.

Um eine rasche und effiziente Umsetzung der neuen Anforderungen der EU-Beitrittsstrategie zu gewährleisten, entliess Staatspräsident Emil Constantinescu unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Helsinki-Gipfel Premierminister Radu Vasile (von der Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei). An seine Stelle trat der parteilose Gouverneur der Nationalbank Mugur Isărescu, ein auch international geachteter Technokrat. Unter seiner Leitung wurde die organisatorische Struktur des neuen Kabinetts gestrafft. Das bislang direkt beim Amt des Premierministers angesiedelte Departement für Europäische Integration wurde in das Außenministerium eingegliedert, dessen Portefeuille der bisherige Senatspräsident Petre Roman (Demokratische Partei) übernahm.

Das Programm⁵ der neuen Regierung für das Jahr 2000 steht ganz im Zeichen der neu gewonnenen Perspektive der europäischen Integration: „Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft“, so heißt es dort, ist „der Anker, der bisher allen Reformmaßnahmen gefehlt hat.“ Weitere Thesen: Der Beitritt zur EU ist die strategische Priorität für die rumänische Außenpolitik; die angestrebte grundlegende Modernisierung des Landes deckt sich mit dem Ziel der Übernahme des *acquis* und der Politiken der Gemeinschaft; die Integrationspolitik ist irreversibel und stützt sich auf den Konsens aller demokratischen Kräfte.

Zu den vorgesehenen konkreten Maßnahmen zählt die Schaffung des juristischen, verwaltungsmäßigen und finanziellen Rahmens für das Management der EU-Heranzführungsprogramme PHARE, ISPA und SAPARD, die Teilnahme an

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Konsultation und Koordination im Bereich des Krisenmanagements in der EU und die Ausrichtung der rumänischen Außenpolitik auf die gemeinsamen Positionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Rumänien hat zudem gegenüber der EU-Ratspräsidentschaft den Wunsch geäußert, als Beitrittskandidat am Aufbau der gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität teilzunehmen.⁶

Mit der Vorlage der Kurzfassung der mittelfristigen Wirtschaftsstrategie Rumäniens⁷ am 15. Februar 2000 begannen die eigentlichen Beitrittsverhandlungen zwischen Rumänien und der EU. Beigefügt war eine Politische Erklärung der führenden Vertreter aller im Parlament vertretenen politischen Parteien, aber auch von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Vertretern der Konfessionen, Nichtregierungsorganisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, worin der Grundkonsens zur Unterstützung der Strategie als Plattform für gemeinsames politisches Handeln ausgesprochen und die Zustimmung zu konkreten Vorgaben der Strategie wie Wachstumsraten, Haushaltsdefizite, Arbeitslosenquoten geäußert wurde.⁸

Bis zum 25. Mai 2000 konnten die Verhandlungen über fünf Kapitel des *acquis* – kleine und mittelständische Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Unterricht, Berufsausbildung und Jugend, Außenhandel, Außenpolitik und Sicherheit – abgeschlossen werden. Im Juli sollen die Verhandlungen zu voraussichtlich weiteren acht Kapiteln beginnen: Wettbewerb, Statistik, Handelsgesellschaftsrecht, Kultur und audiovisuelle Medien, Telekommunikation, Zollunion, Verkehrspolitik.⁹

Am 1. Juni 2000 stellte Rumänien in Brüssel einen Aktionsplan¹⁰ und ein Makroökonomisches Rahmenprogramm vor, das konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen und strukturelle Reformvorhaben für die kommenden vier Jahre auswies. Im Jahre 2007 will die Regierung die wichtigsten Voraussetzungen für den Beitritt geschaffen haben. Noch vor dem Gipfel in Helsinki wurde das von der EU dringend geforderte Gesetz über die Angestellten im öffentlichen Dienst verabschiedet.¹¹ Von den insgesamt 899 Normen der europäischen Gesetzgebung erfüllt Rumänien zur Zeit allerdings nur 426: 29 von 210 Normen in der Zollgesetzgebung, neun von 15 in Energiewirtschaft, 101 von 210 in der Landwirtschaft, zehn von 75 im Bereich der Steuergesetzgebung.¹² Für das Jahr 2010 rechnet Premierminister Mugur Isărescu mit einem Bruttoinlandsprodukt von 10.000 USD,¹³ doch zum Entwicklungsniveau der alten EU-Länder kann Rumänien gemäß einer Studie des IWF erst in 36 Jahren aufschließen.¹⁴

Anmerkungen

- 1 EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, 29.12.1999.
- 2 Dilema, Nr. 358, 17.-23.12.1999; Adevărul, 12.12.1999.
- 3 http://europa.eu.int/comm/enlargement/romania/rep_10_99/index.htm
- 4 IP/99/751, 1999-10-13, unter: <http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guest>
- 5 Adevărul, 21.12.1999.
- 6 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 15.04.2000.
- 7 www.cdep.ro/dic/owa/cd/show?cpage=ges1
- 8 România Liberă, 17.03.2000.
- 9 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 27.05.2000.
- 10 www.cdep.ro/dic/owa/cd/show?cpage=ges1
- 11 Gesetz Nr. 188, Monitor oficial Nr. 600, 08.12.1999.
- 12 Curentul, 17.01.2000.
- 13 Azi, 15.02.2000.
- 14 *ibid.*